



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

in meinem Vorwort zum SENetz im Februar habe ich geschrieben, die Situation sei mehr als ernst. Leider hat sich daran nichts verändert. Ein grausamer Angriffskrieg in der Ukraine bringt den Menschen dort Tod und Leid, Hunger, Kälte und Wohnungslosigkeit. Die Wohnungslosigkeit ist schlimm – noch schlimmer ist die Hoffnungslosigkeit. Ein Ende der kriegерischen Handlungen ist ebenso wenig in Sicht wie eine Verbesserung der Lage vor Ort. Viele Menschen – vor allem Frauen und Kinder – entschließen sich verständlicherweise zur Flucht.

Es steht außer Frage: Den Menschen, die zu uns kommen, müssen wir helfen. Dies zu meistern, wird uns allerdings vor eine große Herausforderung stellen. Wir brauchen unter anderem zusätzlichen Wohnraum und haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder im schulpflichtigen Alter an unserem Bildungssystem teilhaben können.



Die bayerische Bevölkerung sorgt sich gleichzeitig, ob wir den derzeitigen Lebensstandard halten können. Die Energiekosten schießen schon jetzt durch die Decke und eine deutliche Verteuerung der Lebensmittel wird sich vermutlich auch nicht vermeiden lassen.

Nachfolgend senden wir Ihnen unsere beiden aktuellen Pressemeldungen. Es geht um die Ukraine-Krise und darum, dass wir den Vorschlag unterstützen, die Laufzeit der noch in Betrieb befindlichen drei deutschen Atomkraftwerke vorübergehend zu verlängern. Darüber hinaus finden Sie am Ende die vom CSU-Parteivorstand am vergangenen Montag verabschiedete Resolution zur Ukraine Krise.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute, bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße
Ihr

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Pressemitteilung

Senioren-Union fordert geschlossene Haltung und verschärfte Sanktionen gegen Russland

Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Demokratie

„Wir stehen an der Seite der Ukrainer, denn Russlands Aggression ist ein Angriff auf die Demokratie und damit auf uns alle“, erklärt Franz Meyer, der Vorsitzende der Senioren-Union in der CSU zur aktuellen Situation. Der Landesvorstand der Senioren-Union sprach mit Manfred Weber, Vorsitzender der EVP Fraktion im Europaparlament und stellvertretender CSU-Parteivorsitzenden, über das Kriegsgeschehen und die Konsequenzen für Deutschland. Manfred Weber betonte: „Jeder Staat der Welt hat nach der Charta der Vereinten Nationen das Recht, sich zu verteidigen und dieses Recht müssen wir der Ukrainer einräumen. In einer blutigen Auseinandersetzung kämpfen die Menschen dort für das, wofür auch wir leben, nämlich Freiheit und Demokratie.“

Mit tiefer Betroffenheit hat der Landesvorstand der Senioren-Union den Angriffskrieg Russlands auf die Ukrainer und die sich für den Westen daraus ergebenden Konsequenzen diskutiert. „Wir stehen in Europa im Krieg. Dieser Satz fällt gerade uns als Vertreter der älteren Generation besonders schwer: wir glaubten dieses Schreckgespenst hinter uns gelassen zu haben“, unterstreicht Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union. „Nach Jahrzehnten des Friedens erleben wir einen brutalen Angriff auf die Demokratie, auf die Rechte jedes einzelnen. Zu unserem Schrecken ist der Krieg als Mittel zur Unterdrückung der Freiheit zurückgekehrt.“ Der Europaparlamentarier Manfred Weber betonte: „Wir stehen an der Seite der Ukrainer, die für uns alle die Demokratie verteidigen.“

Einig waren sich MdEP Weber und die Mitglieder des Landesvorstands der Senioren-Union, dass nach schwierigen Anläufen doch eine geschlossene Haltung des Westens mit weitreichenden Sanktionen erreicht wurde, die offensichtlich von der russischen Kriegsseite so nicht erwartet wurde. „Wir müssen der Ukraine jetzt beiseite stehen und erfreulicherweise können wir jetzt auch mit Waffenlieferungen unterstützen“, hebt MdEP Weber hervor. Zur Stärke Europas müsse jetzt auch gehören, die größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen.

Weber fordert auch Ehrlichkeit gegenüber den Menschen in der EU. „Das ist kein Krieg, der nur weit weg im Fernsehen stattfindet. Er wird auch für uns spürbar werden.“ Die Sanktionen und andere Folgen des Kriegs werden allen etwas kosten, Energie- und Lebensmittelpreise werden steigen, Produktionen wegen unterbrochener Lieferketten in der EU würden bereits eingeschränkt. Weber hat auch große Sorgen vor russischen Cyberwar-Attacken.

Als Konsequenz aus dem Krieg in der Ukraine zeichne sich ein weitreichendes Umdenken in der Politik ab, auch bezogen auf die Bedeutung der Landesverteidigung und der Zusammenarbeit Europas mit den USA in einem starken Bündnis. Die Grundlagen des globalen Zusammenlebens müssten neu bewertet werden und die Politik stehe vor der Herausforderung, neue Antworten zu finden. Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union, fasst zusammen: „Gerade die ältere Generation kann ihre Erfahrungen jetzt in die Neugestaltung der Politik einbringen. Wir müssen eine klare Orientierung an Werten zum Tragen bringen und wir wollen als Ältere einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, einen neuen Orientierungsrahmen für das Zusammenleben in Europa und in der Welt zu schaffen.“

Pressemitteilung

Versorgungssicherheit für ältere Menschen durch pragmatische Lösungen gewährleisten

Senioren-Union fordert weitere zeitlich begrenzte Nutzung der Kernkraft

In der intensiven Diskussion um die Sicherung der Energieversorgung in Deutschland nimmt die Senioren-Union Bayern eindeutig Stellung:

Die Arbeitsgemeinschaft der CSU für die ältere Generation fordert, auf den Ausstieg aus der Kernenergie für begrenzte Zeit zu verzichten und Kernkraftwerke weiter zur Energiegewinnung zu nutzen. „Wir können es gerade mit Blick auf die älteren Mitbürger nicht riskieren, dass unsere Stromversorgung gefährdet wird. Die aktuelle Situation erfordert kurzfristig wirksame Lösungen, nicht das Festhalten an richtigen, in Krisenzeiten aber zu modifizierenden Entscheidungen“, erklärt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union in der CSU. „Wir beklagen seit Wochen das Risiko einer energiepreisbedingten Altersarmut. Jetzt stellt sich die Frage, wie die Energieversorgung grundsätzlich gesichert werden kann. Die weitere Nutzung der Kernkraftwerke ist ein machbarer Weg, mit einer bewährten, CO₂-neutralen Technik auf begrenzte Zeit unsere Energieversorgung zu sichern“.

Der Landesvorstand der Senioren-Union ist der Meinung, dass die Politik auf Bundes- und auf Landesebene pragmatisch auf die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine reagieren muss. Dazu gehöre, den Ausstieg aus der Kernenergie zu verschieben und für eine begrenzte Zeit die Energiequelle zu nutzen, die in deutschen Händen liege. „In einer globalen Krise müssen wirkungsvolle, kurzfristig machbare Wege gefunden werden, unsere Energieversorgung sicherzustellen“, betont Alt-Landrat und Staatssekretär a.D. Franz Meyer. „Gerade im Interesse der Preisstabilität müssen Stilllegungen oder Abschaltungen sofort ausgesetzt werden.“

Einstimmig begrüßt der Landesvorstand der Senioren-Union deshalb die Forderung, umgehend in Gesprächen mit den Betreibern einzusteigen, um den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke für die kommenden Jahre zu sichern.



Resolution zum Krieg in der Ukraine

Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 7. März 2022

Die Christlich-Soziale Union in Bayern verurteilt aufs Schärfste den verbrecherischen, aggressiven Angriffskrieg, den der russische Präsident Wladimir Putin seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine führt. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und einen Angriff auf die europäische Demokratie und Friedens- und Werteordnung dar.

Bestürzt über die Eskalation der Gewalt, in tiefer Sorge um die Betroffenen dieser menschlichen Tragödie in der Ukraine und mit großer Entschlossenheit, Europa und unsere Werte zu verteidigen, beschließt der Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union:

- 1. Wir fordern Putin zum Rückzug auf.** Wir erwarten von Wladimir Putin, die Kampfhandlungen unverzüglich zu beenden, die Waffen schweigen zu lassen und seine Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Wir unterstützen alle internationalen Bemühungen, die diesem Ziel dienen. Wir wollen Frieden auf dem europäischen Kontinent und die Rückkehr zum unverrückbaren Prinzip der territorialen Integrität. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit unseren Verbündeten in der Welt ein.
- 2. Wir stehen an der Seite der Ukraine.** Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die unverschuldet in Not und Angst geraten sind. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Toten und Verletzten dieser sinnlosen Kriegshandlungen. Unser Respekt gilt den tapferen Kämpferinnen und Kämpfern für die Verteidigung der Freiheit des ukrainischen Volkes. Wir unterstützen sie in ihrem Recht auf Selbstverteidigung, bewusst auch mit Ausrüstung.
- 3. Wir halten zusammen für die Freiheit.** Überall, ob bei Demonstrationen, Gottesdiensten, in Sozialen Netzwerken, im Sport, der Kultur oder seitens der Wirtschaft – jedes Zeichen für die Ukraine ist ein Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie, das wir unterstützen. Gleiches gilt für die enorme Hilfs- und Spendenbereitschaft, für die wir sehr dankbar sind.
- 4. Wir sind einig in der NATO.** Wir begrüßen die Stärkung der NATO-Ostflanke gemeinsam mit unseren Verbündeten sowie die damit verbundene Verlegung zusätzlicher US-Streitkräfte. Besonders danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für ihren Einsatz. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis und bedroht niemanden. Die atomaren Drohszenarien Putins sind auch vor diesem Hintergrund unangebracht und nicht hinnehmbar. Dies macht aber noch einmal nachdrücklich deutlich: Die Abschreckungskapazitäten der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands bleiben ein essenzieller Sicherheitsgarant für unser Land.

5. **Wir zeigen klare Kante gegen Putins Aggression.** Wir begrüßen den eingeleiteten außen-, energie- und verteidigungspolitischen Kurswechsel der Ampel-Parteien. Wir teilen ihre Sanktionspolitik gegenüber Russland und bemühen uns, Schäden für die deutsche Wirtschaft auszugleichen. Von allen in den deutschen Parlamenten vertretenen Parteien erwarten wir eine unmissverständliche Verurteilung der Aggression Putins ebenso wie eine entschiedene Distanzierung gegenüber amtierenden und ehemaligen Repräsentanten, die diese Haltung nicht teilen.
6. **Wir sind bereit zur humanitären Hilfe.** Der Krieg in der Ukraine veranlasst viele zur Flucht. Wir unterstützen die ukrainischen Nachbarländer in der unmittelbaren Aufnahme und sind selbst bereit, Schutz und Zuflucht zu gewähren. Entsprechende Maßnahmen zur Unterbringung, medizinischen Versorgung und Betreuung sind bereits in die Wege geleitet. Wichtig ist uns, bei der Einreise Ordnung zu wahren und eine gerechte Verteilung innerhalb Deutschlands und Europas zu gewährleisten. In Deutschland plädieren wir für eine Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel.
7. **Wir investieren in die Landes- und Bündnisverteidigung.** Die veränderte Sicherheitslage in Europa erfordert, dass die Bundeswehr ihren Fokus wieder stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung richtet. Als Partei der Bundeswehr treten wir dafür ein, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mithilfe eines Sofortprogramms vollumfänglich zu gewährleisten und ihre Ausrüstung optimal an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Prioritäre Projekte sind die Auffüllung der Munitionsbestände, die Bewaffnung von Drohnen, die Weiterentwicklung des Euro-Fighters, die Beschaffung des Taktischen Luftverteidigungssystems (TLVS) und eine umfassende Stärkung im Bereich Helikopter. Darüber hinaus müssen die Landstreitkräfte durch eine bodengebundene Luft- und Drohnenabwehr, neue Kampf- und Schützenpanzer sowie eine flächendeckende Digitalisierungsoffensive gestärkt und die Reservisten besser ausgestattet werden. Wir unterstützen klar die Erfüllung des NATO 2 %-Ziels. Wir erwarten umfassende und langfristige Investitionen in die Bundeswehr und sind grundsätzlich bereit, den Weg eines zweckgebundenen Sondervermögens zu beschreiten. Unabdingbar sind für uns die Beschleunigung und Entbürokratisierung des Beschaffungswesens und eine neue Kultur der Wertschätzung gegenüber dem Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten. Gleichzeitig gilt es, eine funktionsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion voranzutreiben und das Konzept für eine EU-Eingreiftruppe zu forcieren.
8. **Wir sichern Deutschlands Energieversorgung.** Die Abhängigkeit von Energieimporten ist Achillesferse der Energiewende und Inflationstreiber. Krisenfestigkeit muss künftig Paradigma deutscher Energiepolitik sein. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat daher auch geostrategische Bedeutung. In diesem Zusammenhang muss sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene der Ausbau der Wasserstoffwirtschaft intensiv vorangetrieben werden. Das wird aber nicht ausreichen, um sehr rasch mehr Resilienz zu erlangen. Deshalb müssen, gerade im Interesse der Preisstabilität, Stilllegungen oder Abschaltungen sofort

ausgesetzt werden. Um den Anstieg der Energiepreise im Zeichen des Krieges zu dämpfen, fordern wir die Bundesregierung auf, entschieden zu handeln: Die Abschaffung der EEG-Umlage kann nur ein erster Schritt sein, dem zwingend weitere folgen müssen. Es braucht eine sofortige Energiepreisbremse, unter anderem muss die Mehrwertsteuer an der Zapfsäule umgehend von 19 auf 7 Prozent gesenkt sowie die Energiesteuer ausgesetzt werden.

9. **Wir stärken den Zivil- und Bevölkerungsschutz.** Die Corona-Pandemie und die aktuelle außenpolitische Krise machen eine Überprüfung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland notwendig. Dazu fordern wir den Bund auf. Wir werben insbesondere dafür, Freiwilligendienste etwa durch zusätzliche Rentenpunkte oder Erleichterungen im Hochschulzugang bzw. der Meisterausbildung deutlich attraktiver zu machen und zwar für alle Altersschichten. Eine allgemeine Dienstpflicht halten wir derzeit mit Blick auf die noch zu klärenden verfassungsrechtlichen Hürden des Grundgesetzes und der EMRK sowie die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen für nicht zielführend und nicht umsetzbar.
10. **Wir bekennen uns zur Völkerverständigung.** Wer Angriffskriege in Europa führt, kann für uns kein Partner sein. Wir unterstützen deshalb den Ausschluss Russlands vom SWIFT-Netzwerk und die Sanktionen gegen führende Repräsentanten des Putin-Regimes. Mit Respekt beobachten wir den wachsenden zivilen Einsatz für Frieden auf den Straßen Russlands. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit des russischen Volkes steht nicht hinter diesem Krieg. An sie appellieren wir, weiter die Stimme gegen diese brutale Aggression zu erheben.